



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik – Gesundheitspolitische Leitsätze der Ärzteschaft

Betrifft: Ulmer Papier als Grundlage zur Diskussion

Beschlussantrag

Von: Herrn Dr. med. Andreas Botzlar als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer
 Herrn Dr. med. Josef Ungemach als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
 Herrn Dr. med. Christoph Emminger als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer
 Herrn PD Dr. med. Andreas Scholz als Delegierter der Landesärztekammer Hessen
 Herrn Rudolf Henke als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:

Der Deutsche Ärztetag sieht in den vom Vorstand der Bundesärztekammer im Auftrag des 110. Deutschen Ärztetages entwickelten „Gesundheitspolitischen Leitsätzen der Ärzteschaft (Ulmer Papier)“ die Grundlage und den Beginn der innerärztlichen Diskussion.

Er spricht sich dafür aus, von diesem Ausgangspunkt aus die gesundheitspolitischen Positionen der Ärzteschaft kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Das Ulmer Papier ist kein Ersatz für das Blaue Papier und dessen Aufgabe einer umfassenden programmatischen Standortbestimmung der Ärzteschaft.

Der Deutsche Ärztetag spricht sich dafür aus,

- eine Arzt-Patientenbeziehung so zu gestalten, dass sie sich an der Individualität des erkrankten Menschen ausrichtet und auf Therapiefreiheit einerseits und freier Arztwahl andererseits basiert;
- den Arztberuf als freien Beruf in seinen Kernelementen zu bewahren, fortzuentwickeln und wesensfremde Elemente abzuwehren;
- Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen infolge einer Überbetonung von Ökonomie und Rationalisierungspotenzialen entgegenzutreten;
- die eingetretene Rollenverschiebung zwischen Staat und Selbstverwaltung kritisch zu hinterfragen und eine Neubesinnung auf Ansätze subsidiärer Aufgabenwahrnehmung anzumahnen;
- eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine auch international konkurrenzfähige angemessene Vergütung für die hochqualifizierte und fordernde Tätigkeit aller Ärztinnen und Ärzte zu realisieren;
- die Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung auch in Zukunft zu sichern;
- die gesundheitspolitische Mitwirkung der Ärzteschaft bei Gestaltung und Strukturierung des Gesundheitswesens zu vertreten.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0